

HINTERGRUND

Die Republik El Salvador ist ein kleines Land in Zentralamerika mit einer Bevölkerung von rund 6,4 Millionen Menschen. Die offizielle Sprache ist Spanisch. Die Wirtschaft basiert auf Dienstleistungen, Industrie und Landwirtschaft, insbesondere Kaffee- und Zuckerrohrexporte. Die Traumata der Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges von 1980 – 1992 sind bis heute nicht aufgearbeitet. Seit einigen Jahren hatte die Bandenkriminalität und Gewalt El Salvador zu einem der gefährlichsten Länder der Welt gemacht.

In seiner ersten Amtszeit ist es Präsident Bukele gelungen, die Gewaltenteilung aufzuheben. Eine parlamentarische Opposition gibt es nicht mehr. Seine zweite Amtszeit seit dem 01. Juni 2024 gilt als verfassungswidrig.

AKTUELLE MENSCHENRECHTSLAGE

Im März 2022 verhängte die Regierung einen Ausnahmezustand, mit dem nach offiziellen Angaben die Bandenkriminalität bekämpft werden sollte. Zahlreiche bürgerliche und politische Rechte wurden außer Kraft gesetzt. Seitdem erlebt El Salvador schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen.

Amnesty International berichtet (bis Ende 2023) von über 73.800 willkürlichen Verhaftungen. Die Verfahren widersprechen grundlegenden internationalen Standards für ordnungsgemäße Gerichtsverfahren. Tausende Unschuldige sind für Monate oder Jahre inhaftiert, ohne Rechtsmittel einlegen zu können. Mindestens 190 Personen sind in staatlicher Haft gestorben, überwiegend aufgrund von Mangelversorgung mit Nahrungs- und Hygieneartikel, fehlender medizinischer Versorgung, Folter und Misshandlungen. Die Gefängnisse sind mit 300 % überbelegt; El Salvador hat die höchste Inhaftierungsquote weltweit, mit mehr als 100.000 Inhaftierten. Die Bedingungen sind unmenschlich.

Proteste der Bevölkerung haben im Jahr 2023 deutlich zugenommen. Die Regierung reagierte mit weiteren Einschränkungen der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Organisator*innen und Teilnehmende an Kundgebungen werden von Sicherheitskräften und Staatsbediensteten belästigt und bedroht. Menschenrechtsverteidiger*innen, Gewerkschafter*innen und Journalist*innen werden in ihrer Arbeit stark behindert und eingeschüchtert. Es gibt Verhaftungen, die politisch motiviert sind, auch wenn andere Gründe vorgeschoben werden.

Teilweise wird das Militär eingesetzt, um ganze Ortschaften oder Stadtviertel zu umstellen und jedes einzelne Haus zu durchkämmen. Vor allem diejenigen, die in marginalisierten Gegenden wohnen, die in der Vergangenheit besonders von kriminellen Banden heimgesucht worden waren, sind auch jetzt am stärksten von Repressionsmaßnahmen betroffen.

Die wahllosen Verhaftungen stürzen viele Familien, die in prekären Verhältnissen leben, noch tiefer in Armut, weil Hauptverdienende fehlen und die Familien durch die geforderten Versorgungspakete für ihre inhaftierten Angehörigen übermäßig belastet werden.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Die Menschen in El Salvador fühlen sich wieder sicher, seit die Regierung so hart gegen die Banden vorgeht. **Warum kritisiert Amnesty International die Politik trotzdem?**

Amnesty International verharmlost in keiner Weise die Situation der Gewalt durch Banden. Jedoch darf die Bekämpfung dieser Gewalt nicht jedes Mittel rechtfertigen und dazu führen, dass die Menschen Bürger*innenrechte aufgeben und massive Menschenrechtsverletzungen akzeptieren müssen. Die Bandenkriminalität muss mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Massenhafte willkürliche Verhaftungen, Inhaftierung von Unschuldigen, Folter und Todesfälle in den Gefängnissen sind nicht zu rechtfertigen. Garantien für ordnungsgemäße Verfahren und das Verbot von Folter und Misshandlung gehören zu den Rechten, die nach internationalen Standards nicht ausgesetzt werden dürfen, auch nicht in einem Ausnahmezustand.

Laut Angaben der Medien sind die Tötungsdelikte auf null gesunken. Dies ist doch ein unumstrittener Erfolg der Regierung. **Warum bestreitet Amnesty International diese Aussage?**

Die Aussage der „null Tötungsdelikte“ sollte aus verschiedenen Gründen hinterfragt werden. Zum einen herrscht aktuell wenig Transparenz über die veröffentlichten Zahlen und die Quellen sind unbekannt. Zum anderen sind mit dieser Aussage nur bestimmte Arten von Tötungsdelikten gemeint. Es gibt weiterhin eine sehr hohe Anzahl z.B. an Frauenmorden, auf die Frauenrechtsorganisationen aufmerksam machen. Gleichzeitig ist die Zahl der Verschwundenen enorm gestiegen. Sie werden aus dieser Statistik ausgeblendet, das Problem der Gewalt also nicht ganzheitlich betrachtet.

Amnesty International ist außerdem der Überzeugung, dass ein strafendes Staatsmodell wie das, das die Regierung Bukele einsetzt, nicht dazu geeignet ist, das Problem der Bandengewalt nachhaltig und auf Dauer zu lösen. Im Moment wird lediglich kriminelle Gewalt mit Gewalt durch den Staat ersetzt. Die Ursachen der Bandenkriminalität bleiben bestehen.

EMPFEHLUNGEN VON AMNESTY INTERNATIONAL AN DIE REGIERUNG DER REPUBLIK EL SALVADOR:

Die repressive Sicherheitspolitik sollte beendet werden. Dazu gehört auch die Beendigung des Ausnahmezustands.

Die Rechtsreformen, die grundlegende Rechte wie das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren verweigern, müssen rückgängig gemacht und internationalen Rechtsstandards wieder angepasst werden.

Die Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen für die Behandlung der Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln) müssen eingehalten werden.

Die wichtige Arbeit von Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen muss gewährleistet werden.

Internationale Rechenschaftsmechanismen wie die Interamerikanische Menschenrechtskommission und der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte sollten die Möglichkeit erhalten, die Situation vor Ort selbst zu überprüfen.

Diese und weitere Informationen über die Menschenrechtssituation in El Salvador finden Sie in unserem Bericht:

Hinter dem Schleier der Popularität: Repression und Rückschritte bei den Menschenrechten in El Salvador, 5. Dezember 2023

https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/El-Salvador-Bericht-deutsch-final.pdf

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.,
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen

Mail: info@ai-el-salvador.de

Website: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>

X: https://x.com/AI_El_Salvador

Facebook: <https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

Instagram: <https://www.instagram.com/elsal.menschenrechte>

SPENDENKONTO: SozialBank / Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129

EL SALVADOR

**EIN LAND IM
AUSNAHMEZUSTAND**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

